

Stand: 22.10.2024 21:13:53

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/492

"Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I - Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur
Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/492 vom 01.03.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1971 des LA vom 09.05.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 23.05.2019
4. Beschluss des Plenums 18/2464 vom 05.06.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 05.06.2019



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller, Annette Karl, Florian Ritter, Klaus Adelt, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Martina Fehlner SPD**

Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung einzusetzen.

Ziel des Gesetzes soll die Verpflichtung des Lebensmitteleinzelhandels sein, unverkaufte, aber noch genießbare Waren an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Waren, die nicht mehr für den Verzehr geeignet sind, sollen einer energetischen Verwertung zugeführt oder kompostiert werden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, in wie weit sich die derzeitige steuerliche Regelung der möglichen Abschreibung unverkäuflicher Waren in Bezug auf die Lebensmittelverschwendung negativ auswirkt und überarbeitet werden muss.

Begründung:

Die Lebensmittelverschwendung ist deutschlandweit ein großes Problem. Laut einer Studie des World Wide Fund For Nature (WWF) werden in Deutschland jährlich 18 Mio. Tonnen Lebensmittel vernichtet. Das ist ein Drittel der gesamten Produktion! Dies ist nicht nur ethisch äußerst problematisch, sondern bedeutet de facto auch einen immensen Verbrauch von Ressourcen, welcher sich vermeiden lassen könnte.

Bis 2030, so das Ziel der Vereinten Nationen, soll die Lebensmittelvernichtung um 50 Prozent gesenkt werden. Frankreich hat bereits seit Jahren ein Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung, in dem festgelegt wurde, dass Händler mit über 400 qm Verkaufsfläche unverkaufte Waren an gemeinnützige Organisationen spenden müssen. Ungenießbare Waren müssen einer energetischen Nutzung zugeführt oder kompostiert werden. Auch Tschechien hat sich an diesen Regelungen orientiert und seit diesem Jahr die Lebensmittelverschwendung gesetzlich reglementiert.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Drs. 18/492**

Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I - Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Müller**
Mitberichterstatlerin: **Petra Högl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen, der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 7. Sitzung am 3. April 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 7. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 9. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.
5. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 9. Mai 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Dr. Leopold Herz
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 15 und 16 der Liste. Es sind dies die Anträge der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Klaus Adelt betreffend "Lebensmittelverschwendung eindämmen", die Teile I und II, auf den Drucksachen 18/492 und 18/493. Der Aufruf dieser Anträge erfolgt auf Wunsch der SPD-Fraktion in der nächsten Sitzung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Dann übernimmt der Landtag die Voten.

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbefristete Stellen für die Lehrerinnen und Lehrer des Islamischen Religionsunterrichts
Drs. 18/348, 18/1750 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Forderung nach sinnvoller Alternative – Nutzen und Finanzierung des Projekts „Eichenzentrum im Spessart“ überprüfen
Drs. 18/390, 18/1969 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderung der Aufstiegsfortbildung für Schülerinnen und Schüler der Heilerziehungspflege auch in Zukunft sicherstellen
Drs. 18/394, 18/1703 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaschutz in der Marktwirtschaft
Drs. 18/463, 18/1786 (A)

**Auf Antrag der FDP-Fraktion gem. § 126 Abs. § BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Umwelt und
Verbraucherschutz**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)
An Wissenschaft und Forschung denken – Vorbereitungen für einen „harten Brexit“ treffen
Drs. 18/491, 18/1708 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I – Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln
Drs. 18/492, 18/1971 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II – Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen
Drs. 18/493, 18/1972 (A)

Der Antrag wird in der Plenarsitzung am 05.06.2019 beraten.

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Margit Wild, Ruth Waldmann u. a. SPD
10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Weiterentwicklung des Berufsbilds Schulbegleiter
Drs. 18/554, 18/2024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. SPD
Mikroplastik in der Umwelt
Drs. 18/557, 18/1991 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verlagerung des Staatsarchivs Würzburg nach Kitzingen
Drs. 18/559, 18/1981 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Doris Rauscher, Michael Busch u. a. SPD
Für eine glückliche Kindheit – Ausbau der Förderung von Mütterzentren
Drs. 18/560, 18/1975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung von Schulgeld der Heilmittelberufe
Drs. 18/565, 18/2026 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Malachitgrün in Speisefischen, oberbayerischer Moosach und Isar –
Warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert?
Drs. 18/566, 18/1992 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u. a. SPD
Für ein inklusives Bayern jetzt III – Expertenanhörung zur Umsetzung
der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern
Drs. 18/735, 18/1976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“
zugrunde zu legen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild, Ruth Müller, Annette Karl, Florian Ritter, Klaus Adelt, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Martina Fehlner SPD

Drs. 18/492, 18/1971

**Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I –
Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ruth Müller

Abg. Alexander Flierl

Abg. Gisela Sengl

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Johann Häusler

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ralf Stadler

Abg. Christoph Skutella

Abg. Raimund Swoboda

Staatsministerin Michaela Kaniber

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 11 und 12** auf:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Margit Wild u. a. (SPD)

Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil I - Verpflichtung des Lebensmittelhandels zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln

(Drs. 18/492)

und

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Lebensmittelverschwendung eindämmen Teil II - Gemeinnützige Initiativen besser unterstützen (Drs. 18/493)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung der Redezeiten dürfte Ihnen inzwischen bekannt sein. Ich eröffne hiermit die gemeinsame Aussprache und erteile der Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde wollen wir noch einmal das Thema Lebensmittelverschwendung in die Diskussion einbringen. Dazu haben wir zwei Anträge eingereicht. Bei unserem Antrag auf Drucksache 18/492 geht es darum, den Lebensmitteleinzelhandel zur Spende von unverkäuflichen Lebensmitteln zu verpflichten. Mit unserem Antrag auf Drucksache 18/493 wollen wir erreichen, dass gemeinnützige Initiativen besser unterstützt werden. Dass diese Anträge auch im Sinne der Lebensmittelverschwendung richtig und wichtig sind, zeigt eine Studie des WWF; denn in Deutschland werden jedes Jahr 18 Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet. Die Gründe dafür bestehen natürlich auch darin, dass Lebensmittel verdorben sind.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten!

Ruth Müller (SPD): Aber auch aus anderen Gründen werden sie entsorgt, sei es, weil die Saison für Adventskalender vorbei ist oder weil die Werbeaktion, für die Sonderprodukte platziert wurden, beendet wird und der Platz im Regal für neue Waren benötigt wird. Nun können wir den Überfluss und die Lebensmittelverschwendung zur Kenntnis nehmen oder versuchen, aus dem Zuviel an Produktion einen Mehrwert für die Gesellschaft zu schaffen, und zwar für den Teil der Gesellschaft, der aufgrund seiner geringen finanziellen Mittel darauf angewiesen ist, bei den Tafeln einzukaufen. Gleichzeitig unterstützen wir mit einer verpflichtenden Abgabe von unverkauften, aber noch genießbaren Lebensmitteln unsere gemeinnützigen Organisationen, die täglich ehrenamtlich eine wunderbare, großartige Arbeit leisten.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem Sie unsere letzten Anträge abgelehnt haben, habe ich zahlreiche Zuschriften von Tafleinrichtungen erhalten, die unser Ansinnen unterstützen. In einer Antwort wurde sogar angeregt, ein Volksbegehren zu starten, da es dafür sicherlich eine Mehrheit in der Bevölkerung geben würde. Am 7. Februar wurde im Sozialausschuss ein Bericht der Staatsregierung zu den Herausforderungen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Tafeln besprochen. Dabei ging es um die Anforderungen an die Logistik, aber eben auch um eine zuverlässige Versorgung mit Lebensmitteln für die Einrichtungen. Genau darum geht es in unseren beiden Anträgen, die am 3. April im Landwirtschaftsausschuss von Ihnen mit der Begründung "zu viel Bürokratie" abgelehnt wurden.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!)

Unsere Nachbarländer Frankreich und Tschechien haben es bereits verboten, dass genießbare Lebensmittel vernichtet werden. Die schaffen das ohne großen bürokrati-

schen Aufwand. Daran sollten wir uns einmal ein Beispiel nehmen. Wenn Sie es ernst meinen, dass Sie gegen die Lebensmittelverschwendung vorgehen wollen und die gemeinnützigen Organisationen unterstützen möchten, stimmen Sie unseren beiden Anträgen zu! Denn damit tragen Sie zu einer nachhaltigen Versorgung unserer 170 bayerischen Tafeln bei, reduzieren die Lebensmittelverschwendung und schonen damit gleichzeitig auch noch das Klima. Einmalig einen Wettbewerb auszurufen und die Ehrenamtlichen in einen Konkurrenzkampf gegeneinander zu schicken, wer die meisten Bedürftigen versorgt oder die tollsten Werbekonzepte hat, um Lebensmittel zu erhalten, ist zynisch und wird weder der Situation der Lebensmittelverschwendung noch der Lage der Menschen gerecht, die auf eine Versorgung durch die Tafeln angewiesen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dann das Ganze auch noch als ein Missverständnis der Presse darzustellen, ist äußerst unglaubwürdig, wenn bis heute die genau gleichen Kriterien für den Wettbewerb auf der Internetseite des Landwirtschaftsministeriums aufgeführt sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in anderen Bundesländern wie im Saarland oder in Hamburg wird gerade darüber diskutiert, auch das Containern zu legalisieren, was in Bayern vor Kurzem noch bestraft wurde. Sie werden sehen, dass auch dieses Thema rund um die Weiterverwertung von Lebensmitteln eine Dynamik entwickeln wird, die Sie irgendwann nicht mehr in den Griff bekommen, wenn Sie sich weiterhin unseren Anträgen verweigern. Deshalb fordere ich Sie heute auf, unsere Anträge zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. Ich wollte Sie gerade nicht unterbrechen, aber ich möchte allen hier, dem gesamten Plenum, mal etwas zu bedenken geben: Ich war letzte Woche auf der Eröffnung der Ausstellung "Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort!". Dabei ist die These aufgestellt worden,

dass die Geräuschkulisse tendenziell deutlich lauter sei, wenn weibliche Abgeordnete sprechen. Ich möchte Sie einfach mal bitten, darüber nachzudenken, dass das ein Armutszeugnis für dieses Haus wäre, wenn dem tatsächlich so wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Alexander Flierl für die CSU-Fraktion das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Ziel, Lebensmittel gut zu verwerten und Lebensmittelverschwendung einzudämmen, ist sicherlich richtig. Es ist ethisch erforderlich, aber gerade auch erforderlich, wenn es um die Schonung natürlicher Ressourcen geht. Eine Möglichkeit neben der Sensibilisierung und Aufklärung zu diesem Thema ist, dass man für eine sinnvolle Verwendung und Verwertung von Lebensmitteln sorgt, die im Lebensmittelhandel nicht mehr veräußert werden können, weil zum Beispiel das Haltbarkeitsdatum näher rückt, weil die Saison vorbei ist oder weil die Waren nicht veräußerlich, aber weiterhin genießbar sind. Dieses Ziel, Lebensmittelverschwendung einzudämmen, eint uns sicherlich. Wir sind sicherlich auch der Meinung, dass die Tafeln und karitativen Einrichtungen hier einen wertvollen Beitrag leisten; denn dort wird etwas verteilt, was bereits existiert. Es werden Ressourcen genutzt, anstatt neue zu schaffen. Deshalb möchte ich gleich vorausschicken, dass wir höchsten Respekt vor den dort ehrenamtlich Tätigen haben, die sich für Bedürftige einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nach Ihrer Auffassung werden die Tafeln im Rahmen eines Wettbewerbs, bei dem es um Kreativität, Ideen und gute Beispiele geht, gegeneinander ausgespielt. Das ist natürlich grober Unfug. Das ist reiner Populismus, der in der Sache überhaupt nicht weiterführt. Sie sollten vielleicht zur Kenntnis nehmen, dass das Bündnis "Wir retten Lebensmittel" bereits im Jahr 2016 gegründet wurde. Bereits damals wurde diese Maßnahme zwischen vielen Trägern der Tafeln, dem Dachverband und weiteren karitativen Einrichtungen ganz klar verein-

bart. Man wollte im Rahmen eines Wettbewerbs der Ideen einen guten Vorschlag auszeichnen, um den Tafeln, die an diesem Wettbewerb teilnehmen, eine finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Das geht klar am Thema vorbei.

Eigentlich sollten wir uns darüber unterhalten, ob Ihre Anträge, die Sie gestellt haben, dem Ziel, die Lebensmittelverschwendung einzudämmen und den Tafeln und karitativen Einrichtungen etwas Gutes zu tun, gerecht werden. Ist den Tafeln damit geholfen? – Ich nehme das Ergebnis gleich vorweg: Natürlich ist ihnen damit nicht geholfen. Zum einen macht es steuerlich keinen Unterschied, ob der Einzelhandel Lebensmittel an eine gemeinnützige Einrichtung spendet oder diese verpflichtend abgeben muss. Das wird einfach abgeschrieben. Es gibt keinen steuerlichen Vorteil.

Außerdem ist eine Verpflichtung gar nicht notwendig; denn Sie verkennen ganz klar die Realität. An dieser Stelle ist es interessant, nach Frankreich zu blicken. Bis das Gesetz im Jahr 2015 in Kraft trat, war es üblich, Lebensmittel, die noch genießbar waren, mit Chlor zu überschütten, um sie ungenießbar zu machen und zu vernichten. Allein der Vergleich mit Frankreich im Hinblick auf die Struktur hinkt ganz eindeutig. Unsere Struktur ist völlig anders. Wir sind deutlich besser ausgebaut. Während es in Frankreich nur 79 Tafeln gibt, gibt es in Deutschland 900 Tafeln, davon 169 in Bayern. Hinzu kommen weitere karitative Einrichtungen und NGOs, die dabei gar nicht aufgeführt sind.

Was hat es gebracht, diese gesetzliche Verpflichtung in Tschechien und insbesondere in Frankreich einzuführen? – Die Zahlen aus Frankreich sprechen Bände. Vor der Einführung wurden 39.000 Tonnen Lebensmittel den karitativen Einrichtungen zur Verfügung gestellt, danach gerade einmal 46.000 Tonnen. Das sind lediglich 7.000 Tonnen mehr. Auf freiwilliger Basis werden in Bayern allein in einem Jahr 33.000 Tonnen Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Das ist die Realität. Zur Lebenswirklichkeit gehört eindeutig auch, dass bei uns eine enge Zusammenarbeit zwischen Tafeln, Supermärkten, Discountern und dem Lebensmitteleinzelhandel besteht. Rund 90 % aller Lebensmitteleinzelhändler spenden regelmäßig Lebensmittel an Bedürftige. Liebe Kollegin-

nen und Kollegen, andere verordnen von oben, bei uns ist die Freiwilligkeit gang und gäbe. Dadurch erreichen wir eindeutig mehr. Mit dem Prinzip der Freiwilligkeit kommen wir eindeutig weiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aufgrund unserer hervorragend ausgebauten Infrastruktur gibt es keine Gründe für eine verpflichtende Weitergabe von Lebensmitteln. Wir sehen uns in guter Gesellschaft. Wir werden vom Bundesverband der Tafeln unterstützt. Sie stehen auf unserer Seite und lehnen ein Wegwerf-Gesetz ab. Sie sagen, dies sei gar nicht notwendig. Deshalb werden wir diesen Antrag auch ablehnen.

Auch Ihr zweiter Antrag führt einfach nicht weiter. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sind wieder einmal zu spät dran. Das geforderte Internetportal besteht bereits bzw. befindet sich im Anlauf. Die Maßnahme "Digitale Logistikunterstützung für Tafeln und weitere karitative Einrichtungen" läuft auf Landesebene gerade an. Gleichzeitig läuft auch ein System auf Bundesebene gerade an. Unser System steht vor der Erprobung. Wir warten zunächst ab. Der Wunsch des Landesdachverbandes der Tafeln war es, dass zunächst eine Kopplung mit dem Bundesprojekt geklärt und abgestimmt wird. Deshalb ist Ihr Antrag überholt und überflüssig.

Außerdem gibt es finanzielle Unterstützung vonseiten des Freistaats Bayern. Das Landwirtschaftsministerium unterstützt die Dachorganisation der Tafeln beim Ausbau von Lagerhallen. Auch das Sozialministerium stellt den Dachorganisationen jährlich 100.000 Euro für Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung, damit der einzelne Tafelmitarbeiter vor Ort geschult werden kann. Dieser profitiert davon.

Insgesamt kann man somit feststellen, dass Ihre Anträge nicht zustimmungsfähig sind. Zum einen helfen sie nicht weiter, zum anderen sind sie unnötig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Flierl. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Frau Abgeordnete Ruth Müller hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Ruth Müller (SPD): Sie sagen, es sei ein System im Aufbau. Wann wurde dieses System beschlossen? Haben Sie das bei der Ablehnung am 3. April schon gewusst? Damals haben Sie nämlich nicht gesagt, dass Sie den Antrag aus diesem Grund ablehnen, sondern als Grund die Bürokratie angegeben. Mich würde schon interessieren, wer beschlossen hat, so etwas aufzubauen. Auf welcher Grundlage ist das gemacht worden?

Alexander Flierl (CSU): Ja, gerne. Nach meinen Informationen war das ein gemeinsames Projekt in gemeinsamer Abstimmung mit den entsprechenden Verbänden. Damals hat sich dieser Punkt schon in der Umsetzung befunden. Man befindet sich im ständigen Austausch. Mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium wird auf Bundesebene ein Projekt zur Eindämmung der Lebensmittelverschwendung vorangetrieben. Man hat sich mit dem Landesverband abgestimmt und wartet eine Koppelung mit dem Bundesministerium ab. Man schaut, ob dieses Portal diese Funktionen mit übernehmen kann. Sollte dies nicht zum Tragen kommen, bleibt unser System übrig, das ohnehin momentan kurz vor der Erprobung steht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Flierl. – Als Nächste hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abgeordnete Gisela Sengl das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jährlich werden 1,31 Millionen Tonnen Lebensmittel in Bayern weggeschmissen, und zwar bei der Ernte, bei der Verarbeitung, im Handel, in Kantinen, in Gaststätten und in Privathaushalten. Das ist wirklich eine unfassbar große Menge. Allein im Lebensmitteleinzelhandel werden 99.000 Tonnen Lebensmittel weggeschmissen. Sie landen einfach im Müllcontainer. Dabei handelt es sich nicht um Lebensmittel, die ver-

dorben oder verschimmelt sind, sondern um einwandfreie und genießbare Lebensmittel. Eine Delle in der Tomate, ein brauner Fleck am Apfel und ein nahes Mindesthaltbarkeitsdatum – das sind alles Gründe, warum diese Lebensmittel unverkäuflich werden und in der Mülltonne landen. Der Kollege vorher hat es schon gesagt.

(Zurufe von der CSU: Flierl!)

– Ich merke es mir. Er sitzt bei mir im Ausschuss. Jetzt kennen wir uns schon ganz gut.

Herr Kollege Flierl hat es gesagt: Der Lebensmitteleinzelhandel würde seine ganzen Lebensmittel bereits an die Tafeln abgeben. Aber das stimmt nicht. Die Zahlen stammen aus einem Bericht des Kompetenzzentrums für Ernährung in Bayern. Rund 99.000 Tonnen Lebensmittel werden weggeschmissen und landen im Container, ein Drittel davon – 33.000 Tonnen – werden jetzt schon freiwillig an Tafeln abgegeben. Was bleibt dann übrig? – 66.000 Tonnen. Um diese Menge geht es. Diese Menge kann man vermeiden. Aus diesem Grund sind diese Anträge absolut richtig. Die Zahlen finden wir im Bericht des Kompetenzzentrums für Ernährung in Bayern – KErn – in einer Studie aus dem Jahr 2014 mit dem Titel "Lebensmittelverluste und Wegwerfraten in Bayern". Leider hat es die Staatsregierung bis heute nicht geschafft, aus diesem Bericht die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit die Lebensmittelverschwendung in Bayern endlich verringert wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz im Gegenteil, in Bayern werden Menschen, die sich der Lebensmittelrettung verschrieben haben, die sich engagieren, staatsanwaltschaftlich verfolgt, so wie die beiden jungen Frauen heuer im Januar. Sie haben Lebensmittel aus dem Müllcontainer eines Supermarktes herausgeholt. Ich zitiere die beiden Frauen: "Wir können nicht schweigend akzeptieren, dass Lebensmittelverschwendung in Deutschland ohne rechtliche Folgen bleibt, während gleichzeitig jene verfolgt werden, die gegen Lebens-

mittelverschwendung aktiv werden." Diese Kriminalisierung von Lebensmittelrettung ist ein Skandal!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganze Brotlaibe, Semmelpackungen, Tomaten, Gurken, schöne weiße Radi, Toast, Käse, Brotaufstriche – das alles wird einfach weggeschmissen. Übrigens ist dieser schäbige Umgang mit Lebensmitteln und unsere politische Untätigkeit, dagegen endlich wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen, alles andere als eine wertschätzende Haltung jenen Menschen gegenüber, die mit sehr viel Mühe und Herzblut Lebensmittel herstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser schäbige Umgang ist auch eine gigantische Ressourcenverschwendung. Sie ist unethisch und unsozial. Ganz abgesehen davon: Würde man die Lebensmittelverschwendung reduzieren, wäre das ein großer Beitrag zum Klimaschutz.

Wir müssen hier einfach gesetzgeberisch tätig werden. Die schönen Worte und die Sonntagsreden, die bei diesem Thema immer geschwungen werden, vor allem von unserer augenblicklichen Ministerin, die helfen bei diesem Thema nicht weiter. Es muss endlich viel, viel mehr passieren. Wettbewerbe sind da alles andere als hilfreich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Was reden Sie von Wettbewerben? Reden Sie nicht so einen Schmarrn!)

– Ich rede keinen Schmarrn. Angeblich steht das auf der Seite des Landwirtschaftsministeriums.

Frankreich ist da schon viel weiter, und auch Tschechien. Seit 2018 ist es in diesen Ländern gesetzlich geregelt, dass der Lebensmitteleinzelhandel verpflichtet ist, seine unverkäuflichen, aber noch genießbaren Lebensmittel an soziale Einrichtungen abzugeben. Wir stimmen deshalb natürlich den beiden SPD-Anträgen zu. Es geht darum,

dass wir als Gesetzgeber – und dafür sitzen wir alle hier –, tätig werden. Dort, wo wir die Möglichkeit haben, wirklich eine Reduktion der Lebensmittelverschwendung zu erreichen, sollten wir diese gesetzgeberische Möglichkeit auch nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon, Frau Kollegin. – Für eine Zwischenbemerkung: Herr Abgeordneter Häusler, bitte.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Gisela Sengl, wir sollten uns eigentlich grundsätzlich in der Frage einig sein, dass Lebensmittelvernichtung und -verschwendung eine Sünde und ein Vergehen an der Schöpfung ist. Das ist ganz klar festzustellen. Ich glaube, das kommt auch insgesamt betrachtet so rüber. Was mir in der bisherigen Diskussion aber vollkommen gefehlt hat, das ist die Tatsache, dass in den Privathaushalten weit mehr als die Hälfte aller Lebensmittel vernichtet wird. Ich habe es gerade nachgelesen: In ganz Deutschland werden 12,7 Millionen Tonnen weggeworfen. Über 7 Millionen Tonnen davon werden in den Privathaushalten weggeschmissen. Wir fokussieren uns immer auf eine Gruppe, aber die hat vielleicht nicht unbedingt den meisten Einfluss. Wenn man sagt: Wir können ein Volksbegehren machen und in unserem Kampf gegen die Lebensmittelverschwendung das Volk mitnehmen, dann müssen wir doch dort anfangen, wo jeder von uns die Chance hat, den ersten Schritt zu tun. Oder liege ich da falsch?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich finde, wir müssen vor allem da anfangen, wo wir tätig werden können. Wo können wir tätig werden? – Wir können gesetzgeberisch tätig werden. Ich habe schon gesagt, wir sollten an jeder Stelle anfangen, gleichgültig, ob diese Stelle groß oder klein ist. Ich erinnere an das Volksbegehren "Rettet die Bienen". Da war der Hauptvorwurf: Warum haut ihr alle auf die Landwirte ein? Die haben doch nur 47 % der Landfläche. Macht doch einmal etwas mit den privaten Gartenbesitzern.

– 1,9 % der Fläche in Bayern sind private Gärten. Die hätten plötzlich alles retten sollen. Da habt ihr genau umgekehrt argumentiert.

(Zuruf des Abgeordneten Sandro Kirchner (CSU))

– Ich höre gleich zu, aber erst sage ich das fertig.

(Sandro Kirchner (CSU): Bleiben Sie konsequent!)

– Wir waren konsequent. Ihr seid inkonsequent und dreht jedes Argument so hin, wie es euch in den Kram passt.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss an jeder Stelle anfangen, wo man etwas tun kann. Dieses Wort der Sünde, das gilt für ein Kilo und das gilt für eine Tonne.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Dr. Herz von den FREIEN WÄHLERN. Bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu vorgerückter Stunde haben wir hier ein ernstes und wichtiges Thema. Wir haben es gerade gehört, ich darf es wiederholen: Es geht um 1,3 Millionen Tonnen Lebensmittel, die verschwendet werden. Andererseits – Herr Kollege Häusler hat es gerade erwähnt – verschwendet im Durchschnitt jeder Bürger 80 Kilogramm verwertbare Lebensmittel. Man kann darüber streiten, wie wir das Ganze lösen und welche Möglichkeiten wir haben. Der Ansatz der SPD ist sicher ein Versuch. Ich glaube aber, dieser Versuch bleibt zu sehr im Detail stecken.

Ich will zunächst mit dem zweiten Antrag beginnen. Die Fakten will ich nicht noch einmal wiederholen, die haben wir gerade von dem Kollegen gehört. Hier ging es darum, die Tafeln mehr zu unterstützen. Das ist grundsätzlich richtig. Das sollte in Form eines

Internetportals erfolgen. Ich habe mich informiert; das Ganze ist schon am Laufen. Wir haben schon Einrichtungen, die geeignet sind, hier etwas Aufklärung zu schaffen.

Zum ersten Antrag, der ist vielleicht der umfangreichere Antrag. Er soll die Einzelhändler verpflichten, noch genießbare Produkte abzugeben. Ich selbst bin schon öfter mit den Tafeln mitgefahren, und ich schätze, das haben auch andere Kollegen schon getan. Das ist nicht das Problem bei dem Ganzen. Es gibt zum Beispiel Geschäfte, die sehr viel abgeben. Die sind bekannt. Es gibt aber auch viele, die geben ungern etwas ab, weil sie sagen, das dämmt ihren Umsatz. Deshalb wollen sie die Lebensmittel nicht abgeben. Nun ist die Frage, wenn wir das verpflichtend machen, ob wir die Situation verändern können. Ich glaube: Nein. Deshalb komme ich zu zwei Lösungsvorschlägen, die mir in der bisherigen Debatte noch völlig gefehlt haben. Liebe Kollegen von den GRÜNEN und der SPD, bei dem Grundproblem habe ich in der Vergangenheit häufig Unterstützung vermisst. In Deutschland haben wir das niedrigste Preisniveau für Lebensmittel in Europa.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Wo haben Sie da von uns Unterstützung vermisst?)

Das klingt für den Verbraucher zunächst sehr gut. Insgesamt betrachtet ist das aber eine Entwicklung, die höchstwertige Lebensmittel entwertet. Wer schon älter ist, kann sich erinnern: In den Fünfzigerjahren hat der deutsche Bürger noch etwa die Hälfte seines Einkommens für Essen und Trinken ausgegeben. Jetzt sind wir bei etwa 10,5 %, was der Bürger noch für Lebensmittel ausgibt.

(Ruth Müller (SPD): Wer hat denn die Anträge, die wir für bessere Lebensmittelpreise gestellt haben, abgelehnt? Ihr habt doch dagegen gestimmt!)

– Liebe Frau Kollegin Müller, anschließend können wir gerne noch darüber diskutieren. Wir können das auch gern im Rahmen einer Zwischenbemerkung machen. Ich habe aber nur noch wenige Sekunden.

Also, wir sind bei dem Problem, dass wir die Lebensmittelpreise auf ein viel zu niedriges Niveau gebracht haben. Dafür sind wir hier auch ein Stück mitverantwortlich, denn die Landwirte haben nicht die Bündelungsmöglichkeiten, wie sie der Lebensmitteleinzelhandel genutzt hat. Hier haben wir etwas verpasst, deshalb müssen wir es nachholen. Es kann nicht sein, dass hochwertigste Lebensmittel zu Gestehungspreisen angeboten werden und wir schauen nur zu. Ich habe einige Zeit versucht, etwas zu tun. Ich bin zu den Discountern täglich hinein. Wenn die das drei Wochen machen, dann ist das verboten. Die bekommen es aber mit, wenn da irgendetwas am Laufen ist.

Wir haben da also Nachholbedarf. Ich würde mich freuen, wenn wir hier, in diesem Hause, einmal gemeinsam zu einem Ergebnis kämen. Sie haben gerade davon gesprochen, da machen wir eben wieder ein Volksbegehren. Ja, warum machen wir nicht einmal ein Volksbegehren gegen zu billige Lebensmittel? – Ich bin bei solchen Ideen sehr flexibel. Wenn Sie hier schon bei jeder Kleinigkeit mit einer Idee kommen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Dann tun Sie das halt!)

Wir haben also Nachholbedarf. Ich will das hierbei belassen. Wir können darüber noch im kleinen Kreis diskutieren.

Noch ein Letztes, denn die Zeit schreitet voran. Wir FREIEN WÄHLER sind bestrebt, jetzt ein neues Fach, einen neuen Ausbildungsinhalt in den Unterricht einzubringen, und zwar "Alltagskompetenz und Lebensökonomie". Auch das wäre ein entscheidender Beitrag – Stichwort: Fridays for Future –, um jungen Leuten etwas klarzumachen: Lebensmittel sind mehr wert, als wir bezahlen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Frau Müller, bitte zu einer Zwischenbemerkung.

Ruth Müller (SPD): Lieber Kollege Leo Herz, erst einmal eine Richtigstellung. Nicht ich habe angekündigt, dass wir ein Volksbegehren machen. Ich habe gesagt, dass ich

diese Ankündigung den Zuschriften von den Tafeln entnommen habe. Nachdem ihr unseren letzten Antrag abgelehnt habt, habe ich sehr viele Zuschriften von den Tafeln bekommen, und eine hieß eben: Vielleicht braucht es ein Volksbegehren wie beim Artenschutz, damit solche wichtigen Themen Beachtung finden. Das ist der Vorschlag einer Tafel.

Zweitens wollte ich schon auch sagen, die SPD und die GRÜNEN sind nicht daran schuld, dass die Lebensmittelpreise in Bayern so niedrig sind. Das ist schon wirklich hanebüchen. Eine solche Aussage kann ich nur auf die vorgerückte Stunde zurückführen. Etwas anderes fällt mir dazu nicht ein.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte auch daran erinnern, dass es die SPD war – die GRÜNEN haben uns dabei unterstützt –, die in der letzten Wahlperiode im Landwirtschaftsausschuss beispielsweise ein Milchmarktkriseninstrument gefordert hat, um den Milchbauern einen anständigen Preis zu zahlen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Abgeordnete, würden Sie bitte die Frage stellen.

Ruth Müller (SPD): Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Da würde mich jetzt interessieren – das war die Einleitung –, wie der Kollege Herz – –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nein, die Einleitung dauert mir jetzt zu lang. Bitte stellen Sie jetzt die Frage.

Ruth Müller (SPD): Mich würde interessieren, wie der Kollege Leo Herz zu der Einschätzung kommt, dass wir für die niedrigen Lebensmittelpreise verantwortlich sind.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Ruth Müller, wir sollten dieses Thema wirklich nicht ins Lächerliche ziehen. Ich habe deutlich gemacht, dass wir in der Vergangenheit in der Opposition nicht immer einig waren. Das war nicht gut, sonst

hätten wir vielleicht schon mehr erreicht. Wenn wir jetzt zu dieser Bewertung kommen, wie sie vorgetragen wurde, dann hat das seine Berechtigung. Wir erwarten ein Gesamtkonzept. Ich habe Beispiele dafür genannt, wie wir das machen können. Derzeit treten wir weiter auf der Stelle. Ich würde mich jedoch freuen, wenn wir über die Parteigrenzen hinweg ein Konzept erstellen könnten, welches für alle Menschen sichtbar und hörbar dokumentiert: Lebensmittel sind mehr wert.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter Stadler, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, grüß Gott, Kolleginnen und Kollegen! Wie so oft legt die SPD wieder einen Antrag vor, der zwar gut gemeint ist, dessen Umsetzung aber wieder Probleme verursacht. Die Details und die Arbeit überlassen die Sozialdemokraten gerne wieder den anderen, die dann möglichst noch umsonst arbeiten. Die SPD als Volkspartei hätte schon seit Jahren etwas dagegen unternehmen können. Jetzt, kurz vor dem Urnengang, bringt der von den Tschechen abgekupferte Antrag auch nichts mehr. Der Tatbestand der sogenannten Lebensmittelverschwendung ist seit vielen Jahren bekannt. Die SPD kann ihr Personal für die Gratisarbeit gerne heranziehen. Die A. Nahles hätte jetzt genügend Zeit dafür.

Keiner ist für Lebensmittelverschwendung. Dieser Antrag ist aber nicht genügend durchdacht bzw. ausgereift. Zuerst werden die Bienen gerettet, dann das Klima und jetzt die Lebensmittel. Für die SPD kommt aber jede Rettung zu spät. Ich wollte zwar keine Grabrede halten, aber die SPD ist gerade am Verhungern.

Es ist billig, Forderungen aufzustellen, die anderen Kosten und Arbeit aufbürden. Das ist reiner SPD-Populismus. Wer rettet die Rentner, die auf Tafeln angewiesen sind? Wer rettet die Erzeuger von Lebensmitteln, die immer billiger produzieren müssen? Wer rettet die kleinen Lebensmittelläden, die von den großen Discountern plattgemacht werden? Auch in München wäre es die Aufgabe der SPD-Bürgermeister gewe-

sen, die Armut zu bekämpfen und damit die Tafeln endlich überflüssig zu machen. Der Teufel steckt aber im Detail.

Gibt es überhaupt genügend Kapazitäten zur Zwischenlagerung der Lebensmittel? Wie ist die Haftung geregelt, wenn jemand wegen verdorbener Lebensmittel erkrankt, weil zum Beispiel die Kühlkette unterbrochen war? Ab wann ist der Discounter von seiner Haftung befreit? Wer trifft die Entscheidung darüber, welche Lebensmittel verteilt oder welche thermisch entsorgt werden? Wer entscheidet über den Verbleib von leicht verderblichen Lebensmitteln wie Fleisch, Wurst und Milchprodukten? In dessen Haut möchte ich nicht stecken. Werden die Mehrkosten für die Aussortierung auf den Verbraucher abgewälzt, oder soll der Einzelhandel steuerlich entlastet werden? Wie wäre es, wenn erst einmal die Ursachen des Lebensmittelüberschusses erforscht würden? Was ist unserer Gesellschaft letztlich lieber, ein Überangebot an Nahrungsmitteln oder sozialistische Mangelwirtschaft wie in der ehemaligen DDR, in Kuba oder aktuell in Venezuela?

(Beifall bei der AfD)

Interessant ist doch eher, wie es in einem reichen Land wie Bayern überhaupt dazu kommen konnte, dass allein in der Stadt München mehr als 100.000 Personen die Kriterien für Bedürftigkeit erfüllen, nämlich Bezieher von Hartz IV oder Aufstocker. Von der Dunkelziffer derer, die sich aus Scham erst gar nicht beim Amt melden, möchte ich gar nicht reden. Das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiter der Münchner Tafel ist ausdrücklich zu würdigen. Jede Woche werden von 650 freiwilligen Helfern bis zu 20.000 Personen mit insgesamt 120 Tonnen Lebensmitteln versorgt. Etwa die gleiche Menge, nämlich etwa 168 Tonnen, werfen die Münchner täglich in den Müll, wovon vieles noch genießbar sein dürfte. Bei geschätzten 1,3 Millionen Tonnen Lebensmitteln, die in Bayern jährlich in die Tonne wandern, ist das buchstäblich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Diese Menge fällt allerdings überwiegend in privaten Haushalten an. Hier ist mit Food-sharing dem Problem vielleicht eher beizukommen. Der Einzelhandel hat bereits mit Optimierungsmaßnahmen in der Disposition und mit Abverkaufaktionen kurz vor Ablauf des Haltbarkeitsdatums die Restmengen an Lebensmitteln erheblich reduziert. Wir lehnen den Antrag der SPD daher ab.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lebensmittelverschwendung in Deutschland hat erhebliche Ausmaße angenommen. Wir haben die Zahlen schon gehört. 18 Millionen Tonnen Lebensmittel landen im Müll. Das sind 88 Kilogramm pro Person und Jahr. Rein rechnerisch werden damit alle Lebensmittel, die in Deutschland bis zum 2. Mai produziert werden, in die Tonne geworfen. Das ist eine unvorstellbare Verschwendung von wertvollen Ressourcen. Deswegen müssen wir uns intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen und Lösungen finden. Das ist ein Gebot der Nachhaltigkeit und der Verantwortung für die kommenden Generationen.

(Beifall bei der FDP)

Doch wie sollen diese Lösungen aussehen? Sie, Kolleginnen und Kollegen der SPD, wollen auf ein Gesetz hinwirken, das den Lebensmitteleinzelhandel verpflichtet, unverkaufte, aber noch genießbare Lebensmittel an gemeinnützige Organisationen zu spenden. Das sehen wir aus mehreren Gründen kritisch.

Erstens wollen Sie nur den Handel in die Pflicht nehmen. Das greift aber viel zu kurz. Wir brauchen eine Gesamtstrategie – und da kann ich dem Kollegen Dr. Herz nur zustimmen – mit konkreten Maßnahmen für die gesamte Wertschöpfungskette vom Erzeuger bis zum Privatverbraucher.

Zweitens sagen Sie, dass Sie die Tafeln unterstützen möchten. Diese – das sagte uns der Bundesverband der Tafeln – sind aber strikt gegen eine Spendenverpflichtung. Sie möchten weiterhin auf Freiwilligkeit setzen, weil das in Deutschland bisher sehr gut funktioniert hat.

Eine Spendenpflicht – und das ist der dritte Punkt unserer Kritik – für den Einzelhandel bedeutet auch eine Abnahmepflicht für gemeinnützige Organisationen. Wie sollen die das aber personell, finanziell und auch logistisch stemmen? Bei den Tafeln und ähnlichen Organisationen wird die Arbeit überwiegend von Freiwilligen geleistet. Wir jedenfalls möchten entgegen ihrer Forderung nicht, dass Ehrenamtler und Freiwillige zur Ausführung staatlicher Gesetzgebung verpflichtet werden. Wir können die Verantwortung nicht nur auf den Einzelhandel und karitative Organisationen abwälzen.

Ich habe es bereits gesagt: Jeder Einzelne entlang der Wertschöpfungskette ist gefragt. Auch der Verbraucher muss zum Umdenken gebracht werden. Jedes achte Lebensmittel, das vom Privatverbraucher gekauft wird, landet im Müll, teilweise sogar noch originalverpackt. Ein Grund dafür ist das Mindesthaltbarkeitsdatum. Viele Verbraucher gehen irrtümlicherweise davon aus, dass Produkte nach Ablauf des Datums nicht mehr verzehrt werden dürfen. Eine Angabe zur Mindesthaltbarkeit sagt jedoch nichts darüber aus, wie lange ein Lebensmittel noch verzehrt werden kann. Deshalb muss die Reform des Mindesthaltbarkeitsdatums auch auf europäischer Ebene vorangetrieben werden.

Ein weiteres Problem bei der MHD-Ware ist die Haftung der Lebensmittelspender. Nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums müssen nämlich die Lebensmittelunternehmen sicherstellen, dass das Lebensmittel noch zum Verzehr geeignet ist. Dies führt dazu, dass die Lebensmittel dann nicht mehr abgegeben, sondern eben weggeworfen werden.

Italien hat dieses Problem dadurch gelöst, dass die Lebensmittelbank als Endverbraucher der gespendeten Lebensmittel gilt. Die Lebensmittelspender haften somit nur ge-

genüber den Lebensmittelbanken und nicht gegenüber dem einzelnen Verbraucher. Eine solche Gesetzgebung wäre auch für Deutschland denkbar.

Ihren ersten Antrag, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, halten wir aus den genannten Gründen für nicht zielführend; wir werden ihm deshalb nicht zustimmen. Den zweiten Antrag unterstützen wir, da auch wir der Meinung sind, dass es eines Programmes zur finanziellen Unterstützung der Tafeln und ähnlicher Organisationen bedarf.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Herr Swoboda, fraktionslos.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Je später der Abend, umso seltsamer die Anträge – so kommt es mir vor –, und die Diskussion ist sehr skurril.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Oder die Redner!)

– Wenn Sie das auf mich beziehen, Herr Halbleib, kann ich Sie nicht loben. Schauen Sie mal in den Spiegel!

Aber kommen wir wieder zur Sache. Herr Skutella hat eigentlich hervorragend zusammengefasst, worum es geht; man muss wirklich dankbar dafür sein, denn die SPD greift hier wirklich am Problem vorbei. Sie greift nämlich auf die zu, die nur 5 % dieser 18 Millionen Tonnen verschwendeter Lebensmittel zu verantworten haben. 17 % ist jeweils der Anteil von Industrie und Großverbrauchern, aber auf den Einzelhandel gehen Sie jetzt zu. Warum eigentlich? Fällt Ihnen nichts Besseres ein? Es ist heute schon gesagt worden: Gehen Sie doch einmal auf die Verbraucher zu, die verursachen 61 %.

Ob Shareware das Richtige wäre oder bessere Aufklärung, ist eine andere Frage. Aber grundsätzlich gibt es kein Problem, und wo kein Problem ist, da gibt es kein Lösungsbedürfnis. Der Einzelhandel macht alles, was Sie fordern, bereits freiwillig im Rahmen des Möglichen und auch des Zulässigen. Herr Skutella hat dazu Hinreichendes gesagt.

Mir scheint, der Antrag der SPD ist wirklich ein Rückfall in Zeiten der sozialistischen Plan- und Zwangswirtschaft. Wenn Sie möchten, dass hier der Einzelhandel verpflichtet wird, Zwangsgeschäfte mit den Tafeln einzugehen – er schenkt es ihnen –, und wenn die CSU meint – ich glaube, Herr Flierl war das – oder die FREIEN WÄHLER, dass das steuerlich keine Tatbestandsrelevanz hätte, sollten Sie einmal bei den Gastwirten nachschauen, die zu große Schnitzel zu einem zu kleinen Preis verkaufen; die werden vom Finanzamt geschätzt und nachbesteuert. Hier habe ich gehört, dass die Tafeln Geschenke bekommen, die die Lebensmitteleinzelhändler nicht versteuern müssten, sondern einfach abschreiben. Na sauber! So salopp und locker geht's im Plenum zu. Es ist immer wieder schön, das mit anzuhören.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Abschließend möchte ich sagen – Herr Vizepräsident –, dass es ein schlechtes Licht auf den Sozialstaat wirft, wenn die Tafeln die Rettung des sozialen Zusammenlebens in Bezug auf die Ernährung unserer Bevölkerung leisten. Überdenken Sie deshalb Ihren Antrag, und greifen Sie das Problem dort an, wo es wirklich ist! Darüber können Sie alle jetzt in den Ausschüssen nachdenken. – Herzlichen Dank und einen schönen Abend!

(Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch schaltet das Rednermikrofon ab)

Falls Sie mich jetzt beanstanden: Ich weiß natürlich, dass wir noch nicht fertig sind.

(Alexander König (CSU): Wieder 40 Sekunden überzogen! Wie immer!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Michaela Kaniber.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere es sehr, dass dieses wichtige Thema der Lebensmittelverschwendung einzig und allein einem Ideenwettbewerb dienen soll, dem anderen noch einmal richtig schön an den Karren zu fahren. Ich bedauere es auch sehr, dass eigentlich immer nur Halbwahrheiten verbreitet werden. Ich möchte mit einer solchen anfangen.

Liebe Kolleginnen, Sie haben sich vorhin auf Zahlen des WWF bezogen, wonach 18 Millionen Tonnen Lebensmittel vernichtet werden. Das ist richtig. Sie haben einen Teil der Wahrheit aber einfach unter den Tisch fallen lassen, dass nämlich Bayern vom WWF ausdrücklich als Vorbild genannt wurde,

(Eric Beißwenger (CSU): Hört, hört!)

wenn es gilt, gegen Lebensmittelverschwendung anzukämpfen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eine gesetzliche Regelung für Supermärkte nach dem Vorbild Frankreichs geht bei uns in Bayern absolut ins Leere. Dazu stehen wir. Wie wir vom Kollegen Flierl schon gehört haben, sagen uns das die Zahlen. Es liegt auf der Hand. Ich bitte, sich einmal diese Zahlen zu Gemüte zu führen. Wir liegen in Bayern bei rund 33.000 Tonnen geretteter Lebensmittel, in Deutschland bei 264.000 Tonnen. Mit dem Gesetz hat es Frankreich gerade mal auf einen Zuwachs von 7.000 Tonnen in sage und schreibe vier Jahren geschafft. Wem kommen in Frankreich tatsächlich noch genusstaugliche Lebensmittel zugute? – Nein, sie landen nicht bei denen, die sie dringend bräuchten, bei den Menschen, die Not erfahren, denen man damit entgegenkommen könnte, sondern in der Tierfuttermittelverwertung oder in der Biogasanlage.

(Ruth Müller (SPD): Und wo landen unsere bayerischen Lebensmittel?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so ein Gesetz können wir in Bayern definitiv nicht brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie meinen, dass ich gegen die Tafeln arbeite, sollten Sie sich öfter mal mit den Tafeln auseinandersetzen. Auch der Bundesverband der Tafeln möchte so ein Gesetz definitiv nicht haben. Ich setze mich persönlich dafür ein, dass genusstaugliche Lebensmittel ihrer Bestimmung zugeführt werden: Sie sind Mittel zum Leben für die Menschen.

Für eine finanzielle Unterstützung gemeinnütziger Initiativen zur Rettung von Lebensmitteln bin ich ganz klar auch. Ich kann mich bei meiner Kollegin Kerstin Schreyer, bei unserer Sozialministerin, nur bedanken, die tatsächlich 100.000 Euro bereitgestellt hat. Wir vom Landwirtschaftsministerium wollen ausdrücklich Logistikzentren mit 22.500 Euro unterstützen. Ich denke, das kann sich schon sehen lassen. Natürlich könnte es immer mehr sein; ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wir stehen aber dazu. Die Staatsregierung hilft hier schon in gemeinnützigen Initiativen. Wir versuchen, dem Schwung zu geben.

Lassen Sie mich noch mal darauf zurückkommen: Der Ideenwettbewerb, die Aktion "Gemeinsam Lebensmittel retten" verfolgt genau diese Zielsetzung, gemeinnützige Initiativen zur Rettung von Lebensmitteln zu unterstützen. Mir scheint aber, die SPD will das gar nicht. Diese Idee "Gemeinsam Lebensmittel retten" wurde im Bündnis "Wir retten Lebensmittel" als eine von 17 Maßnahmen geboren, übrigens schon vor meiner Zeit. Das wurde schon im Jahr 2016 beschlossen.

(Ruth Müller (SPD): Der Wettbewerb ist im Mai auf den Weg gebracht worden!)

Ich weiß, dass Sie das jetzt gerne als Grundlage sehen, um vielleicht auch mal einen Punkt zu machen, liebe Frau Müller. Das Thema ist aber viel zu wichtig, um solche Spielchen hier zu betreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte es heute Abend hier und hoffentlich abschließend noch einmal klarstellen: Dieser Ideenwettbewerb wurde ausdrücklich vom Landesverband der Tafeln mitgetragen, er wurde mitkreiert. Ich möchte ausdrücklich sagen: Es war nie unser Ziel und unsere Absicht, eine Konkurrenzsituation zwischen den Tafeln und karitativen Einrichtungen zu erzeugen, wie es in Ihren "wunderbaren" Kommentaren überall zu lesen war. Uns ging es vielmehr darum, dem zivilbürgerlichen Engagement zu einer viel besseren Öffentlichkeitswirksamkeit zu verhelfen und es zu würdigen und Impulse zu geben, wie Lebensmittel verteilt werden können, dem Ganzen eine Plattform zu geben, sodass wir voneinander lernen können, dass es quasi als Blaupause dient. Wir wollten damit auch unbürokratisch finanzielle Unterstützung einiger gemeinnütziger Initiativen zur Rettung von Lebensmitteln ermöglichen, wie Sie es ursprünglich eigentlich gefordert haben.

Dieses Bündnis "Wir retten Lebensmittel" ist ein ganz wichtiges. Lieber Herr Skutella, ich muss wirklich sagen, Ihre Reden begeistern mich immer wieder.

(Beifall bei der FDP)

– Ja, stimmt. Uns ist es ganz wichtig.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Da wird die CSU aber neidisch!)

Wir sind gerade dabei, genau diese Strukturen aufzubauen. In diesem Bündnis "Wir retten Lebensmittel" sind alle Akteure entlang der Wertschöpfungsketten dabei. Lebensmitteleinzelhandel, Erzeuger, Verbraucher, ehrenamtlich Engagierte und Verbände, wir alle helfen zusammen, um die besten Strukturen möglich zu machen. Ich glaube, das Letzte brauche ich nicht großartig anzusprechen. Es geht um das Internetportal. Ich denke, wir werden es in Kürze tatsächlich wunderbar realisieren. Wir sind schon im Testlauf.

Ich möchte noch etwas zum Containern sagen; da es aktuell Thema auf der Justizministerkonferenz ist. Es wird heiß darüber diskutiert, inwieweit Containern straffrei gestellt werden sollte. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt mir wirklich schwer. Natürlich ist das ein humanitärer Gedanke, den man gerne nach vorne schiebt. Unter dem Strich bleibt es aber eine Straftat. Ich möchte ausdrücklich sagen: Wir leben in Bayern. Wir leben nicht in irgendeinem Land. Wir haben herausragende Strukturen, ob es soziale Netze sind oder ob es ehrenamtliches Engagement ist, das auf herausragende Art und Weise funktioniert. Ich möchte keine Bilder sehen, die zeigen, dass sich unsere Menschen in Bayern an den Mülltonnen bedienen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich finde es einfach unglaublich, dass Sie das freigeben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Es braucht viel, viel mehr. Es braucht eine Sensibilisierung des Verbrauchers. Wir müssen darauf achten, schon die Jüngsten in unserer Gesellschaft dafür affin zu machen. Wir müssen sie schützen und vor allem auch so erziehen, dass sie wissen, was es bedeutet, Lebensmittel zu produzieren, wie viele verarbeitete Ressourcen verschwendet werden, wenn Lebensmittel schlussendlich in der Tonne landen. Diese Sensibilisierung wollen wir nicht nur in den Schulen schaffen, sondern auch in den Kindergärten. Die Landwirtschaft leistet hier ganz großartige Arbeit, vor allem unsere Landfrauen, die Kindern mit unserem Programm "Erlebnis Bauernhof" Wissen vermitteln. Mit dem Projekt "Landfrauen machen Schule" wird Kindern schon in jüngsten Jahren erklärt, was es bedeutet, jeden Tag Lebensmittel so zu produzieren, dass sie in Premiumqualität auf bayerischen Tischen landen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne meine ich, dass die Anträge nicht ernst zu nehmen sind. Sie wurden aus reinem Populismus hochgezogen. – Schade; das muss ich noch einmal ausdrücklich sagen. Wir werden uns gemeinsam mit dem

Bundesverband der Tafeln dem Grundsatz "Lebensmittel retten und somit Menschen helfen" widmen. Das ist unser einziges Anliegen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Sie werden derzeit nicht gebraucht, da die Abgeordnete Sengl noch 58 Sekunden Redezeit hat. Diese möchte sie auch in Anspruch nehmen. – Bitte, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch kurz etwas zum Containern sagen. Ich bin keine Juristin, aber ich weiß, dass man die zwei Frauen staatsanwaltschaftlich nicht hätte verfolgen müssen. Der Strafwert wurde so hoch gesetzt. Die Lebensmittel, die die zwei jungen Frauen aus den Containern herausgenommen haben, wurden nicht mit Müll gleichgesetzt, sondern mit dem aktuellen Verkaufspreis der Lebensmittel bewertet. Dadurch kam das überhaupt zustande. Man hätte das Verfahren auch einstellen können. Da der Wert aber heraufgesetzt wurde, konnte man das Verfahren nicht mehr einstellen. Das ist Bayern. Das hätte man nicht machen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Man hat zwei junge Frauen, die etwas Gutes getan haben, staatsanwaltschaftlich verfolgt. Das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Bayern darauf stolz ist, kann ich nur sagen: Na dann gute Nacht!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Dazu werden die Anträge getrennt. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

(Unruhe)

– ich darf um Ruhe bitten – empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/492 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte! – FREIE WÄHLER, CSU und AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Enthaltungen, bitte! – Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/493 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Herr Swoboda als fraktionsloser Abgeordneter. – Nein? – Entschuldigung; das war nicht zu sehen. Herr Swoboda nicht. Das war die Fraktion der FDP, die zugestimmt hat. Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.